



19.3064

**Postulat Marti Samira.
Vergleichender Bericht
über die Gesundheit von LGB****Postulat Marti Samira.
Etablir un rapport comparatif
sur la santé des personnes LGB**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.06.19

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.19

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La signora Herzog si oppone al postulato.

Marti Samira (S, BL): Laut internationalen Studien weisen schwule, lesbische und bisexuelle Menschen, allen voran die Frauen, einen schlechteren Gesundheitszustand im Vergleich zur Restbevölkerung auf. Man erkennt Unterschiede einerseits beim Zugang zu Pflegeinstitutionen, aber auch in Bereichen des Substanzmissbrauchs, der Gesundheitsprävention und der sexuellen und psychischen Gesundheit. Das ist kein Zufall, sondern eine direkte Auswirkung der strukturellen Diskriminierung, mit der sexuelle Minderheiten in unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Doch wie ist eigentlich die Situation in der Schweiz? Wir können es nur vermuten. Wir können davon ausgehen, dass sich die Situation in der Schweiz nicht fundamental vom Ausland unterscheidet. Zahlen und Fakten haben wir aber keine – und darum geht es mir bei diesem Postulat.

Zwar enthält die Schweizerische Gesundheitsbefragung des BFS seit 2007 bereits Fragen zum Sexualverhalten, um eben Personen mit gleichgeschlechtlichen Partnerinnen oder Partnern zu eruieren. Diese Daten wurden aber bisher noch nie unter dieser Perspektive ausgewertet und analysiert. Dies verlangt mein Postulat: Auf der Grundlage der bestehenden Datensammlungen soll mittels einer umfassenden Analyse dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung möglicher weiterer nationaler Datenbanken endlich eine Faktenbasis für die Schweiz geschaffen werden.

Nun fragen sich vielleicht einige, warum ich nur von lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen spreche und nicht auch von Transgender. Die Antwort ist einfach: Seit 2007 wird nämlich die sexuelle Orientierung erfasst, die Geschlechtsidentität jedoch nicht. Darum ist es mit den bestehenden Daten eben auch gar nicht möglich, Datenanalysen zur gesundheitlichen Chancengleichheit für Transmenschen in der Schweiz durchzuführen. Eigentlich sollte der Fragebogen der Gesundheitsbefragung schon seit 2017 auch spezifische Fragen zur Geschlechtsidentität enthalten, aber das ist bis jetzt nicht der Fall.

Der Bundesrat empfiehlt mein Postulat 19.3064, "Vergleichender Bericht über die Gesundheit von LGB", zur Annahme. Er ist bereit, die bestehenden Zahlen zu analysieren und, wenn notwendig, auch weitere Datensätze hinzuzuziehen.

Ich bitte Sie deshalb, mein Postulat zu unterstützen.

AB 2019 N 1899 / BO 2019 N 1899

Vogt Hans-Ueli (V, ZH): Frau Kollegin, bis in den Siebzigerjahren stand in den massgeblichen psychologischen Handbüchern, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Erst in den Neunzigerjahren hat die WHO entschieden, dass Homosexualität keine Krankheit ist. Sind Sie sich bewusst, dass Sie mit einem solchen Bericht möglicherweise zum Ergebnis kommen, dass Homosexualität eine Krankheit sei; dass Sie die Entstigmatisierung, die man durch diese Korrekturen erreicht hat, damit wieder rückgängig machen; dass Sie nichts anderes tun, als den Opferstatus einer Gruppe, die nicht krank ist, zu verstärken?

Marti Samira (S, BL): Ich glaube, es ist ganz wichtig, darüber zu sprechen. Ich kann Ihnen einfach sagen, dass die Lesbenorganisation Schweiz und Pink Cross, also die Interessenorganisationen der schwulen und





lesbischen Menschen in diesem Land, diese Forderung schon lange gestellt haben, weil sie eben sagen: Wir haben heute eine Stigmatisierung, wir haben heute eine Diskriminierung in unserer Gesellschaft, und wir können den gesundheitlichen Folgen dieser Diskriminierung nur begegnen, wenn wir eben die Zahlengrundlage dafür haben.

Es geht mir nicht darum, zu stigmatisieren, sondern ganz im Gegenteil darum, die Realitäten in unserer Gesellschaft aufzuzeigen und entsprechend reagieren zu können.

Herzog Verena (V, TG): Der Bundesrat wird mit diesem Postulat beauftragt, einen Bericht über die Gesundheit von lesbischen, schwulen und bisexuellen Personen zu erstellen. Dieser Bericht soll geschlechtsspezifische Vergleiche mit der übrigen Bevölkerung enthalten, um Bereiche zu identifizieren, in denen spezifische Massnahmen erforderlich sind.

Wie der Bundesrat in seiner Antwort auf das Postulat schreibt, hat das Bundesamt für Statistik in Absprache mit dem Bundesamt für Gesundheit bereits das Modul zum Sexualverhalten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung um Fragen zur sexuellen Orientierung erweitert. Die Daten stehen seit Ende letzten Jahres für Forschung und Verwaltung zur Verfügung. Es wurden offenbar auch schon verschiedene Forschungsprojekte gestartet. Für mich gibt es somit aktuell keinen Handlungsbedarf. Ich befürchte viel eher, dass hier einem gewissen Aktivismus Vorschub geleistet wird. Wir ergreifen schon die nächsten Massnahmen, bevor wir die Resultate der neuen Fragen in der Gesundheitsbefragung kennen. Die Formulierung des Postulates ist ja schon darauf ausgelegt, dass nochmals neue Massnahmen ergriffen werden, statt dass ergebnisoffen geschaut wird, ob es überhaupt Probleme gibt. Wenn die Postulanten bereits wissen, dass es Probleme gibt, so sollen sie doch konkrete Massnahmen vorschlagen.

Das Postulat ist nicht nur voreilig und verfrüht, sondern es spricht ja eigentlich diesen Menschen die Eigenverantwortung ab, für ihre Gesundheit zu sorgen wie alle anderen auch. Man könnte ins Feld führen, wie das Kollege Vogt gemacht hat, dass ein solches Postulat die Stereotype und die Diskriminierung sogar fördert und zementiert. Wieso soll hier die sexuelle Orientierung eine Rolle spielen, aber beispielsweise im Bereich der Blutspende plötzlich nicht mehr? An einem Ort soll es nun gemessen und ausgewertet werden, aber am anderen Ort nicht. Das ist für mich ein gewisser Widerspruch. Das erscheint mir willkürlich und etwas politisch opportunistisch zu sein.

Ich bitte Sie daher, das Postulat abzulehnen.

Marti Samira (S, BL): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Herzog. Sie sagen, die Analyse der Gesundheitsdaten für schwule, bisexuelle und lesbische Menschen würde zur Stigmatisierung und Diskriminierung führen und wir würden ihnen damit die Eigenverantwortung wegnehmen. Sind Sie denn der Meinung, dass wir die Gesundheitsbefragung allgemein abschaffen müssen, damit alle Menschen in diesem Land wieder selbst für ihre Gesundheit verantwortlich sind?

Herzog Verena (V, TG): Es soll einfach für alle genau gleich erfolgen. Wir haben verschiedenste Präventionen. Wir hatten verschiedene Kampagnen, z. B. Aids-Kampagnen. Ich will nicht, dass eine Gruppe von Menschen diskriminiert wird. Aber Sie machen genau das; Sie fördern das, indem Sie behaupten oder mindestens suggerieren, dass diese Menschen nicht die gleiche Verantwortung übernehmen können wie Sie und ich. Das kann es doch nicht sein, Frau Marti!

Barrile Angelo (S, ZH): Geschätzte Kollegin, es freut mich, dass Sie seit heute gegen die Diskriminierung von queeren Menschen sind – das ist mir neu. Aber eine Frage hätte ich trotzdem. Es geht ja darum: Es gibt Gesundheitsdaten, die je nach sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität tatsächlich gewisse Risiken aufzeigen. Ist es wirklich so, dass Sie nicht möchten, dass diese so aufgearbeitet werden, dass man präventiv etwas unternehmen könnte, um diese Personen frühzeitig zu schützen oder zu behandeln?

Herzog Verena (V, TG): Erstens finde ich es eine absolute Anmassung, mir zu unterstellen, dass ich irgendwelche Menschen diskriminieren wolle – ich weiss nicht, woher Sie diese Frechheit nehmen.

Zweitens: Ich bin sehr für Prävention, ich bin auch für Aufklärung. Ich habe es aber erklärt, Sie haben vielleicht nicht richtig zugehört: Es existieren bereits solche Forschungsprogramme, Sie wollen das einfach noch weiter ausdehnen. Ich meine, Sie erweisen Ihrer Gruppierung einen Bärendienst.

Berset Alain, conseiller fédéral: Il est clair que toute personne vivant en Suisse doit avoir accès au système de santé. Nous devons bien admettre que cet accès n'est pas toujours le même pour tout le monde. Pour certains groupes de la population, c'est parfois plus compliqué, et nous sommes conscients que parmi ces groupes, il y a les minorités sexuelles et de genre qui peuvent être confrontées à des risques spécifiques de



santé ou rencontrer des obstacles liés à l'accès aux soins. Nous le savons, cela vaut pour tous les groupes de personnes pour lesquelles un certain accès aux soins peut être plus compliqué, voire partiellement restreint. Cela peut conduire à d'autres difficultés, à d'autres problèmes, parmi lesquels des affections de nature psychique, une prévalence plus élevée de tentatives de suicide ou une consommation plus élevée de substances, comparativement au reste de la population, parce qu'effectivement un défaut d'accès au système de santé a simplement, pour tout le monde, quelle que soit la personne concernée, des conséquences.

Ce qu'il faut dire, c'est que, jusqu'ici, en Suisse, la santé des personnes bisexuelles, spécifiquement, n'a encore jamais fait l'objet ni d'une étude détaillée ni d'une étude comparative avec le reste de la population. Que fait la Confédération? Elle s'engage, dans la mesure de ses compétences, à ce que la situation des lesbiennes, des gays et des personnes bisexuelles soit prise en compte dans les stratégies de politique sanitaire, dans les rapports consacrés à la santé. Dans ce cadre, on peut citer, par exemple, les programmes et les projets qui visent la prévention et l'accès aux soins, notamment dans le domaine des infections sexuellement transmissibles parmi, les gays et les personnes bisexuelles en particulier.

Pour que le système et les soins de santé puissent être adaptés et optimisés en fonction des besoins, c'est aussi à la Confédération qu'il revient de mettre à disposition des données qui soient représentatives de la situation en matière de santé de la population suisse. En ce qui concerne la santé des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles, force est de constater qu'il existe dans notre pays des lacunes au niveau des données disponibles. Il est vrai que, dans ce cadre, on doit mentionner le fait que l'enquête suisse sur la santé a effectivement été complétée par des questions relatives à l'orientation sexuelle. Ces données n'ont cependant pas encore été analysées de manière détaillée.

Il faudrait aussi tenir compte, dans l'analyse, des défis méthodologiques que cela pourrait représenter; je pense notamment au faible nombre de personnes lesbiennes, gays et bisexuelles composant l'échantillon analysé dans la dernière enquête. Il faudrait donc pouvoir accompagner l'analyse de ces données par d'autres données disponibles.

AB 2019 N 1900 / BO 2019 N 1900

Tout cela pour vous dire que le Conseil fédéral admet qu'il est nécessaire d'étudier la santé des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles de façon plus approfondie, et que c'est la raison pour laquelle il vous a proposé d'accepter ce postulat. Aussi, il se déclare prêt à élaborer un rapport sur la base des données disponibles. C'est dans ce sens que le Conseil fédéral vous invite à accepter le postulat.

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): Il Consiglio federale propone di accogliere il postulato.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.3064/19577)

Für Annahme des Postulates ... 100 Stimmen

Dagegen ... 90 Stimmen

(0 Enthaltungen)